

Was erwarten wir von der General-Versammlung?

Allerwärts wurden eifrig Anträge geschmiedet, den Verband vorwärts zu bringen. Wenn auch einige Anträge über das Ziel hinausgehen, so ist doch der gute Wille unverkennbar. Im Vordergrund steht die Erhöhung des Beitrages. Wohl ist diese Frage von einschneidender Bedeutung, aber bei kalter ruhiger Ueberlegung werden die Mitglieder den Ernst der Sachlage erkennen, dass die Aufgaben unseres Verbandes nur mit einer guten Kriegskasse gelöst werden können. Auf die Einsicht und Humanität der Unternehmer zu bauen, ist eitle Thorheit, denn Anerkennung der Arbeiterorganisation, auch in Form einer Tarifgemeinschaft, kann nur durch Anspannung aller Kräfte erfolgen. Dessen ungeachtet, haben wir durchaus keine Veranlassung, auch nur ein Jota an unserem Tarifentwurf zu ändern; wir hoffen sogar, dass dieser Entwurf auf der General-Versammlung einstimmig als Norm anerkannt wird, wonach die Kollegen sich in Zukunft zu richten haben. Dieser Tarif ist dem Statut oder Mitgliedsbuch anzuhängen.

Aber damit sind die Aufgaben der General-Versammlung noch keineswegs erschöpft. Es muss gründlich häusliche Arbeit verrichtet werden. Der Bericht des Hauptvorstandes und Ausschusses wird den Löwenanteil daran nehmen. Und das mit Recht! Hier muss einmal klipp und klar festgelegt werden, wie weit das Recht des Hauptvorstandes und Ausschusses geht. Empörend ist wieder der Streit zwischen den Kollegen Dübelt, Borisch kontra Ausschuss. Wer gab den Kollegen das Recht, den Staffeltarif einzureichen? Wir verlangen von der General-Versammlung, dass in häuslichen Angelegenheiten reiner Tisch gemacht werde und sollten wider Erwarten Quertreibereien einreissen, so muss über jene Kollegen zur Tagesordnung übergegangen werden, so leid es uns thut, aber Vereinsinteressen gehen uns vor allem. Tatsache ist ja, das Sillier in Berlin wenig Autorität besitzt, das giebt aber durchaus keine Veranlassung, das Dübelt, laut dem Berliner Bericht, sagen kann: Der Hauptvorstand stehe nicht immer auf der Höhe der Zeit. Uebrigens ein Armutszeugnis für die Kollegen der Intelligenzstadt, wie wir uns kein grösseres denken können. In Konsequenz dessen ist es wohl besser, wir verlegen den Sitz des Hauptvorstandes nach Rixdorf oder sonstwo hin. Die General-Versammlung wird wohl auch noch alte Fälle zu prüfen haben und zwar folgendes. Wie war es denn früher? Der imposante Einzug der Berliner Verwaltungsmänner in den Hauptvorstand war doch ein verhängnisvoller Fehler. Hat es doch damals in Berlin nicht an Stimmen gefehlt, die ernstlich warnten. Aber die Herren wollten die Welt in Staunen setzen, und das haben sie tatsächlich fertig gebracht, aber für eine Wiederholung danken wir bestens. Wir sind der Ansicht, und hoffentlich die General-Versammlung auch, dass die Vereinsarbeit möglichst auf viele Schultern verteilt wird und dadurch ein Stamm herangebildet wird, der sich jeder Zeit bewährt. Ein wunder Punkt sind ferner die grossen Entdeckungsreisen pardon Agitationstouren. Ob der Erfolg mit den enormen Kosten im Einklang steht, hat die General-Versammlung zu untersuchen; wir halten es für zweckmässiger, dass die Agitation den Gauen überlassen wird. Bei genügend finanziellen Mitteln und Material dürfte der Erfolg besser und anhaltender sein. Unsere Kraft liegt in der Heimarbeit. Das beste Agitationsmittel ist die „Graph. Presse“ und hier muss der Hebel angesetzt werden. Hoffentlich bewilligt uns die General-Versammlung dieses mal einen ganzen Mann.

Noch hegen wir den Wunsch, bei den Unterstützungssätzen möge die General-Versammlung weniger auf die Höhe derselben, als auf die Länge der Unterstützungsdauer achten, ja wir müssen mit der Zeit dahin kommen, dass wir garantieren: Jedes Mitglied, das dem Verein 5 Jahre angehört, kann in jedem Jahre Unterstützung bis zum Betrage von 100 Mk. erhalten. Hoffen wir, dass unsere bescheidenen Wünsche eine Anregung gegeben haben, damit unser Verband das wird, was er sein soll: Ein Hort des wirtschaftlich Schwachen.

Sch.

Hamburger Brief.

Redlich will ich lieber schwitzen,
Als die Heuchlerbank besitzen.
Besser harte Fäuste strecken,
Als vom fremden Schwelme lecken.

So mancher Kollege ist nach Hamburg gekommen mit der Hoffnung, dort Arbeit zu finden. Manche mögen auch denken, in Hamburg, der grossen Handelsstadt, müssen doch bessere und modernere Verhältnisse anzutreffen sein. Doch bald nur zu bald kommen bei den meisten die bitteren Enttäuschungen. Wenn der Zweck dieses Briefes, den Kollegen eine Warnung zu sein, erreicht wird, so sind wir vollauf befriedigt. Vor allem möchten wir vorausschicken, dass Hamburg inkl. Altona mit ihrer grossen Industrie und Einwohnerzahl im Verhältnis zu anderen Städten wie Leipzig, Hannover, München vorwiegend Kleinbetrieb in unserer Branche aufzuweisen hat. Wir wollen versuchen, den auswärtigen Kollegen über gewisse Anstalten ein klares Bild zu

geben und beginnen wir mit der Privatlithographie Ludewig, Hamburg. Bald keine Stadt wird in ganz Deutschland sein, die nicht einen oder mehrere Lithographen aufweist, die in dieser Firma konditionierten. Genannte Firma sucht mit Vorliebe im Klim'schen Anzeiger oder Berliner Lokal-Anzeiger tüchtige Lithographen. Wie stark der Wechsel daselbst ist, beweist die Auszahlung der Reiseunterstützung im letzten Jahre allein 234 Mk. Vor 3 Wochen (4. Juni) wurden nun auf Knall und Fall 10 Mann gekündigt, weil angeblich die Arbeit alle sei. Trotz alledem wurde von einzelnen Hausarbeit verlangt. Als in einer Geschäftsversammlung, die kurze Zeit zuvor stattfand, ein Kollege die Aeusserung that, dass die Folgen dieser Versammlung jedenfalls Entlassungen sein werden, vielleicht mit der Begründung wegen Arbeitsmangel, wies der Herr Oberlithograph dieses mit Entrüstung zurück, zugleich betonend, dass Arbeit für lange Zeit hinaus da sei. Tritt ein Kollege in dieses Kunstatelier ein, so wird ihm von Seiten der technischen Leitung der Auftrag zu teil, sich in einer der vielen freien Krankenkassen anzumelden. Wird dem nicht Folge gegeben, so fliegt der betr. Kollege raus ohne Kündigung, wie sich Herr Ludewig auszudrücken beliebt. Die ganze Sache hängt hier mit dem $\frac{1}{3}$ zusammen, das dann Herr Ludewig nicht zu zahlen braucht und sein Einkommen etwas vergrössern hilft. Die Feiertage will Herr Ludewig nur an solche Kollegen bezahlen, die bereits ein halbes Jahr in seinem Geschäft thätig sind. Dass er unter diesen Umständen so viel wie nichts zu zahlen braucht, ist jedem klar, da die meisten längst über alle Berge sind, bevor sie die Berechtigung der Feiertagsbezahlung verlangen können. Zu bedauern ist es, dass sich trotzdem noch Kollegen finden, die auf ein solches Engagement eingehen. Auch ein eifriger Leser der „Gr. Pr.“ ist Herr Ludewig, aber nicht, um sich nach deren Inhalt zu richten, denn sonst würde er nicht bei 10—25 Gehilfen 10 Lehrlinge beschäftigen, die öfters zum Steinfahren und -schleifen als auch für seine anschliessende Kolorier-Anstalt mit verwendet werden. Die sanitären Verhältnisse lassen insofern zu wünschen übrig, indem für über 30 Mann 1 Closet zur Verfügung steht. Wir ersuchen die Kollegen vorstehendes zu beachten und bei Engagements nach Hamburg und Altona stets Erkundigungen einzuziehen. Weitere Veröffentlichungen über andere Firmen werden in der nächsten Zeit folgen.

Zu den Beitragserhöhungen.

Auf der bevorstehenden Generalversammlung des Vereins, sowie der des Senefelder-Bundes, wird die Frage der Beitragserhöhung eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

Die Gründe, die für eine Erhöhung der Beiträge im Verein allgemein angeführt werden, sind nicht dazu angethan, die grosse Masse der Mitglieder dafür zu gewinnen, wenn in Betracht gezogen wird, dass zur letzten Generalversammlung in Halle, — als die Beiträge von 40 auf 50 Pf. erhöht wurden —, die Meinung vorhanden war, dass nach 3 Jahren (also bis zur Dresdener Generalversammlung) unser Kassenfonds auf ungefähr 100000 Mark steigen würde. Nun sind wir aber in der Lage, bis zu dieser Zeit nicht nur 100000 sondern 200000 Mk. als Kassenbestand zu besitzen. Also das Doppelte von dem was vermutet worden war und ich füge hinzu: »trotz der Krise«. Es ist hieraus zu ersehen, dass eine sich notwendig machende Erweiterung der Ortsunterstützung auch ohne Erhöhung der jetzigen Beiträge ganz gut möglich ist. Und ich glaube sogar sagen zu dürfen, dass dadurch ein Verlust für unsere Kasse nicht zu verzeichnen sein wird; denn eine Erweiterung der jetzigen Unterstützungssätze nach der Dauer der Mitgliedschaft agitiert und vermindert die Fluktuation. Und nun kommt noch hinzu, dass mehrere Mitgliedschaften des Senefelder-Bundes bereits den einzig richtigen und sehr vernünftigen Antrag auf Verschmelzung beider Körperschaften, wieder gestellt haben. Und es liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, die Verschmelzung endlich zu verwirklichen. Denn eine Erhöhung der Beiträge um 20 Pf. im Bunde bedeutet: Verminderung der Mitgliederzunahme, wenn nicht gar Rückgang der Mitgliederzahl im allgemeinen. Und so könnten wir das Schauspiel erleben, dass unsere Berufskollegen in Zukunft, (wenn der Antrag: 20 Pf. mehr zu erheben, beschlossen würde) anderen Hilfskrankenkassen beitreten, aber nicht dem Senefelder-Bunde. Und die Folge wäre, dass entweder eine weitere Beitragserhöhung vorgenommen werden müsste, oder wir ständen vor dem Ruin der Invalidenkasse. Es bleibt also nur der eine Ausweg: die Verschmelzung zu verwirklichen, denn dadurch würden nicht nur beiden Teilen mehr Mitglieder zugeführt, sondern auch die Verwaltungskosten bedeutend verbilligt. Eine vorherige Beitragserhöhung aber im Verein sowie im Bunde wäre ein taktischer Fehler, denn dies erschwert die Verschmelzung. Deshalb erst die Vereinigung des Senefelder-Bundes mit dem Verein und dann prüfen, inwieweit eine Erhöhung der Beiträge sich noch notwendig macht. Sicher ist aber, dass diese nicht so hoch sein wird. Deshalb fort mit den geplanten Beitragserhöhungen und her mit der Verschmelzung Rieka.

Ein Beitrag zur Generalversammlung des Deutschen Senefelder-Bundes.

In der Beilage der „Gr. Pr.“ No. 24 las ich einen Artikel der Beitragserhöhung betitelt ist. Der Schreiber dieses meint, es könnte nicht genug über diesen Punkt erörtert werden. Dass es durchaus notwendig ist, eine Erhöhung der Beiträge im S.-B. einzutreten zu lassen, ist nun wohl jedem Kollegen klar geworden, wenn er die Mitteilungen vom 8. Juni des Hauptvorstandes genau gelesen hat. Dass, wie Kollege A., Stettin, „Gr. Pr.“ No. 21 so gut sagte, der Ernst der Sache nicht genügend zum Ausdruck kommt, sondern bisher in der „Gr. Pr.“ eine Leisetreterei geübt worden ist, ist nun einmal Thatsache, es lag ja die Beitragserhöhung des Vereins der Lith. und Steindr. näher. In der Generalversammlung des D. S.-B. zu Saalfeld, war es Pflicht der Delegierten, dass sie schon damals, wo ein juristisches Gutachten vorlag, für Beitragserhöhung stimmen mussten, aber zu gunsten des Vereins wurde darauf verzichtet, wenigstens betreffender Antrag mit geringer Majorität abgelehnt. Jetzt ist es dieselbe Sache, aber einen grossen Schein dunkler. Die Generalversammlung der Organisation wird eine Beitragserhöhung beschliessen und der Senefelder-Bund mag sehen, wie er solche bekommt. Hier wäre es an der Zeit, mit Ernst daran zu gehen, der gegenseitigen Treiberei ein Ende zu machen. Es ist gewiss, beschliesst man in beiden Vereinen nur eine Erhöhung der Beiträge, so hat der Senefelder-Bund den Schaden, indem die jüngeren Kollegen sich vorläufig Zeit lassen würden, dem Bunde beizutreten, denn der materielle Nutzen liegt ihnen im Verein der Lithographen und Steindruckers, indem sie dort Arbeitslosen- und Reiseunterstützung bekommen. Jeder Kollege, der schon arbeitslos war, oder gereist ist, weiss, dass man grossen Wert als lediger Mensch hierauf legt. Zum Beitritt in den Bund hat er ja Zeit bis zum 30. Jahre, da kommt er noch früh genug. Wenn umgekehrt, man die Unterstützungen im Bunde herabsetzen würde, so werden hiermit die alten Kollegen, die schon 10 Jahre gezahlt und heute schon Invaliden-Unterstützungsberechtigt wären, ganz entschieden nicht damit einverstanden sein. Ein Ausgleich liesse sich meiner Ansicht nach finden. Die Vorstände beider Vereine treten in Verbindung, eine Verschmelzung anzubahnen oder die Generalversammlung beschliesst laut Antrag Hannover, „Gr. Pr.“ No. 25 mit dem Zusatzantrag Stettin „Gr. Pr.“ 21, Abs. 2, kein Zwang der bisherigen Bundesmitglieder der Organisationskasse beizutreten und die weiter folgenden Absätze 3, 4 und 5. Nach richtiger Ueberlegung ist es auf diese Art möglich, den Frieden endlich herzustellen und der gegenseitigen Beitragserhöhungskonkurrenz ein Ende zu machen. Nun möchte ich noch die Anträge des Hauptvorstandes, Gehaltsbestimmungen, etwas näher beleuchten. Nachdem man auf der einen Seite mehr Beiträge haben muss, um den Zusammenbruch nicht herbeizuführen; geht man auf der anderen Seite mit den Gehältern höher, um mehr Ausgaben zu machen, das heisst doch nicht sparen. Ein Beamtengehalt von 2500—3200 Mk. ist sehr schön, ich will nun nicht sagen; unsere Beamten verdienen nicht soviel. Aber jeder Kollege wird zugeben, dass unsere Beamten den anderen Kollegen gegenüber schon im grossen Vorteil sind, indem dieselben erstens nicht jede fünf Minuten aufs Pflaster geworfen werden können und zweitens täglich mehr Freiheit haben wie ein Kollege, der beim Unternehmer knuffen muss. Auch giebt es wohl wenig Kollegen unter uns, welche ein Jahresgehalt von mehr als 2000 Mk. haben, denn das sind schon ungefähr wöchentlich Mk. 38,50. Ich will jedoch zugeben, dass wir als Arbeitgeber den Unternehmern stets als gutes Beispiel vorzugehen sollen, aber nicht etwa zu hoch hinaus. Nun möchte ich noch den einzelnen Zahlisten anheimstellen, dies alles eifrig zu diskutieren und ihre Delegierten mit dem Auftrag nach Kassel zu schicken, wenn keine Verschmelzung möglich, so doch nach dem Antrag Hannover und Stettin zu handeln, dann wird endlich Ruhe werden. W. D.

Deutscher Senefelder-Bund.

Bielefeld. D. S.-B. In der am 18. Juni in der Harmonie am Oberthorwall tagenden Bundesversammlung stand auf der Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Unsere Generalversammlung und Anträge zu derselben; 3. Verschiedenes. In Erledigung des geschäftlichen Teiles war von Kollegen Dietrich aus Frankfurt auf eine Anfrage der Bescheid eingegangen, dass auch während einer Krankheit das Mitglied den laufenden Beitrag weiter zu entrichten hat. Hiernach ging unter Punkt 2 ein Antrag ein, wonach bei Krankheitsfällen das Mitglied vom Beitrag befreit und das volle Krankengeld auszu zahlen sei, eventuell der Unterstützungssatz auf 11,50 Mk. reduziert werden müsste. In der Diskussion hierüber war die Versammlung der Ansicht, dass ein krankes, unterstützungsberechtigtes Mitglied, welches doch arbeitslos sei und nichts verdiene, es als ungerecht empfinde, wenn von seinem Krankengeld noch Abzüge in Gestalt des Beitrags gemacht würden. Nach lebhafter längerer Debatte wurde obiger Antrag einstimmig angenommen und beschlossen, ihn zur Generalversammlung dem Hauptvorstand einzuschicken. Einen Kandidaten aufzu-

stellen findet die Versammlung nicht für angebracht und überlässt dies den grösseren Zahlstellen. In puncto Gehaltsskala des Hauptvorstandes, wie selbige im Antrag zur Generalversammlung niedergelegt ist, herrscht sehr lebhafter Meinungsaustrausch und stimmen alle Redner darin überein, dass dieser Antrag unannehmbar ist, sinitemalen der Bund selber finanziell schwach auf den Füssen steht und selbiger auch keine Beamtenversorgungsanstalt ist und auch nicht werden möchte. Ein hierzu eingelaufener Antrag lautet: »Die vom Hauptvorstand im Antrag zur Generalversammlung vorgelegte Gehaltsskala ist abzulehnen, da es den Interessen des Bundes widerspricht, bei der jetzigen Finanzlage und unsicheren Zukunft desselben solch einen Antrag zu unterstützen.« Die einstimmige Annahme dieses Antrags zeugte von dem energischen Protest gegen denselben und gaben schon verschiedene Mitglieder in unzweideutiger Weise bei eventueller Annahme dieses Antrags ihren Entschluss auf Austritt zu verstehen. Und dass dann nicht allein hier, sondern auch in anderen Zahlstellen die Austritte sich mehren, davon war die Versammlung auch überzeugt. Unsere Invalidenkasse, dies Schmerzenskind, wünschten schon einige Redner als eiterendes Uebel zu beseitigen. Im weiteren Verlauf dieser lebhaften Debatte wurde gegen 2 Stimmen beschlossen, die Witwen- und Waisenerunterstützung fallen zu lassen und durch den Beitrag zu derselben die Sterbeunterstützung zu erhöhen. Im übrigen hat die Versammlung die Ueberzeugung, dass es zum Nutz und Frommen des Bundes wäre, um frisches und junges Blut uns zuzuführen und den Bund lebens- und leistungsfähig zu erhalten, eine Verschmelzung mit dem Verein der Lithogr., Steindr. u. Berufsg. Deutschl. dem Bunde nur förderlich wäre, auch unter Umständen die Quelle seines Wachstums werden müsste. Zu diesem Zwecke verweist die Versammlung auf den Artikel aus Hannover in No. 25 der »Gr. Pr.« und giebt der Hoffnung Ausdruck, dass endlich einmal ein Weg zum Zusammenschluss gefunden werde zum Wohle der gesamten Kollegenschaft Deutschlands.

Grp.

Bremen. D. S.-B. In der Mitgliederversammlung vom 23. Juni wurde Stellung zur Generalversammlung genommen. Kollege Müller unterbreitete der Versammlung nachstehende Resolution, die von dieser der Generalversammlung zur Annahme vorgelegt werden soll:

»Die Generalversammlung des D. S.-B. möge beschliessen: Der Vorstand des D. S.-B. wird beauftragt, sich mit dem Vorstand des Vereins der Lith., Steindr. u. Berufsg. unter Hinzuziehung einer auf der General-Versammlung zu wählenden Kommission in Verbindung zu setzen, um die Verschmelzung beider Vereinigungen vorzubereiten. Bei der Verschmelzung ist ganz besonders Wert zu legen auf die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der neu zu schaffenden Organisation.

Sämtliche Kasseneinrichtungen sind beizubehalten, der Zweck der neuen Organisation soll aber derselbe sein, wie der im Abs. 1 des § 1 des Statuts des V. d. L., St. u. B. zum Ausdruck gebrachte Zweck dieses Vereins.

Da die neue Organisation in Bezug auf ihre Einrichtungen dem Verbands der Buchdrucker gleichen würde, sind bei den Beratungen die dort gemachten Erfahrungen möglichst zu verwerten. Die Beratungen sollen bis spätestens den 1. Januar 1905 beendet sein und dann das Resultat derselben bekannt gegeben werden.

Die definitive Einigung hätte sodann auf einer gemeinschaftlichen General-Versammlung beider Vereinigungen zu erfolgen.

Zur Begründung seiner Resolution führte Kollege Müller aus, dass durch die Mitgliedschaft Hannover die Verschmelzungsfrage wieder ins Rollen gekommen sei und nun voraussichtlich auch nicht wieder zum stehen kommen werde. Werde aber eine Verschmelzung auf Grund der Hannoverischen Vorschläge zu stande kommen, so werde die neugeschaffene Vereinigung — ob sie Senefelder-Bund oder sonstwie heisse, sei nebensächlich — eine Organisation sein, die an Zerrissenheit ihresgleichen nicht hätte. Sie würde sich zusammensetzen aus Nur-Gewerkschaftsmitgliedern; Gewerkschaftsmitgliedern, die auch Mitglieder der Unterstützungskasse, aber nicht der Invalidenkasse sind, und solchen, die allen drei Kassen angehören. Dazu kämen dann die Mitglieder, die nur zur Unterstützungskasse zahlen und die, die der Unterstützungskasse und der Invalidenkasse angehören. Dass bei einer solchen Zusammensetzung einer Organisation von Geschlossenheit und einheitlichem Handeln keine Rede sein könne, brauche nicht erst bewiesen zu werden. Aber gerade darin beruhe die Stärke einer Organisation und deshalb sei der von Hannover gezeigte Weg nicht gangbar. Es müsse bei der Verschmelzung auf die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Organisation besonders Wert gelegt werden. Besonders unangenehm müsse berühren, dass die »Gewerkschaftskasse« bei den Hannoverischen Vorschlägen gewissermassen als Anhängsel der ganzen Einrichtung in Betracht komme. Das sei grundfalsch. Der Zweck der neuen Organisation müsse die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sein. Alles sonstige habe lediglich als Mittel zum Zweck zu dienen. Wir bekämen dann eine Organisation, die der der Buchdrucker als gleichartig an die Seite gestellt werden könne, denn auch

die Buchdrucker leisten auf Grund ihrer Organisation dasselbe, was jetzt unsere beiden Vereinigungen — Bund und Verband — leisten. Die Buchdrucker thun dies ohne die einengenden Vorschriften in Bezug auf Alter und dergl. Es sei nur dadurch die Einheitlichkeit möglich. Aus diesem Grunde sollen die bei den Buchdruckern gemachten Erfahrungen, die uns völlig abgehen, unter Berücksichtigung unserer beruflichen Verhältnisse, bei den Beratungen nutzbar gemacht werden, wenn möglich unter Hinzuziehung eines Vorstandsmitgliedes des Buchdruckerverbandes. Da die Beschleunigung der Angelegenheit geboten sei, sei auch in der Resolution ein Termin festgesetzt, bis zu welchem die Beratungen beendet sein müssten. Eine auf der Generalversammlung gewählte Kommission solle den Beratungen gleichberechtigt beiwohnen, um die Härten und Gegensätze, die leicht zu Tage treten könnten, wenn nur die Vorstände beraten würden, auszugleichen. Die Versammlung stimmte der Resolution fast einstimmig zu. Unter den sonstigen Anträgen, die allerdings nur dann zur Geltung kommen könnten, wenn die Verschmelzung noch einmal unmöglich gemacht würde, ist besonders die beantragte Aenderung des § 9 Abs. 2b von besonderem Interesse. Die Mitgliedschaft Bremen beantragt, dass ein Mitglied ausgeschlossen werden kann, wenn es »Handlungen begangen hat, die mit dem allgemeinen Begriff von Ehrenhaftigkeit in Widerspruch stehen. Insbesondere wenn diese gegen die Interessen der Arbeiterschaft verstossen, z. B. Streikbruch oder Missbrauch gesellschaftlicher Vertrauensstellungen zu Ungunsten der Mitarbeiter.« Es ist bisher schon immer als Uebelstand empfunden worden, dass unser Statut keine Bestimmung enthält, die ermöglicht, gegen Streikbrecher vorzugehen. Dem soll durch unseren Antrag abgeholfen werden. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde sodann der Kollege Müller aufgestellt.

Dresden. D. S.-B. Donnerstag, den 23. Juni fand eine ausserordentliche Versammlung der hiesigen Mitgliedschaft statt. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und der Punkt 2 durch die Wahl des Kollegen Lindenberg zum Beisitzer erledigt war, kam man zum 3. und wichtigsten Punkt der Tagesordnung »Anträge zur Generalversammlung«. Hier rief ein schon in der vorigen Versammlung gestellter, aber noch nicht besprochener Antrag, welcher den Senefelder-Bund ähnlich dem Verband der Buchdrucker ausgebaut wissen will, eine sehr anregende Debatte hervor. Der Antrag fand lebhaften Anklang und man war im allgemeinen erfreut, dass dadurch, ebenso wie auch durch den Antrag Hannover, die Verschmelzungsfrage wieder richtig in Fluss komme, denn nur eine solche könne uns den so notwendigen Frieden bringen. Durch die in den beiden Verbänden in Aussicht stehenden Beitragserhöhungen, sowie durch die Thatsache, welcher sich kein einsichtiger Kollege mehr verschliessen könne, dass dem Bunde nur die älteren und der Organisation die jüngeren Kollegen beitreten, sei man endlich zu der Ansicht gelangt, dass eine Verschmelzung unausbleiblich sei. Ebenso hielt man eine solche auch für das einzige Mittel, die Invaliden- und Witwenunterstützung in Zukunft weiter aufrecht erhalten zu können. Selbst eine Beitragserhöhung um 20 Pf. im Bunde könne uns nicht helfen, da bei einem Wochenbeitrag von 70 Pf. die jüngeren Kollegen erst recht nicht zum Eintritt in den Bund zu bewegen seien, infolgedessen aber die Kasse durch die Invaliden und Witwen immer mehr belastet würde und schliesslich weitere Beitragserhöhungen nicht zu umgehen wären. Sollte es aber gelingen, eine Vereinigung beider Körperschaften nach den Grundsätzen des Antrages Hannover herbeizuführen, so könne es eigentlich Gegner der Verschmelzung gar nicht mehr geben, denn dieser würde allen gerecht. Dadurch aber, dass dann auch die Mitglieder unter 30 Jahren beiden Kassen beitreten müssen, wäre es vielleicht möglich eine Beitragserhöhung wegzulassen. Die Versammlung war der Ansicht, dass die Anträge zu einer Vereinigung beider Kassen mehr Beachtung verdienen und möglichst vorher entschieden werden möchten, als die Anträge für eine eventuelle Beitragserhöhung. Nach Schluss der Debatte wurde der folgende Antrag einstimmig angenommen:

»Der Senefelder-Bund ist ähnlich dem Verbands der Buchdrucker auszubauen und die dadurch erforderliche Verschmelzung mit dem Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen in die Wege zu leiten.«

Nachdem noch 3 weitere Anträge, welche aber eine so grosse Bedeutung nicht haben, ebenfalls einstimmig angenommen wurden, kommt man zu Punkt 5. »Allgemeine Kassenangelegenheiten«. Bei diesem Punkt waren noch einige lokale Angelegenheiten zu erörtern, worauf Schluss der interessanten Versammlung erfolgte.

E. R.

Glogau. Mitgliederversammlung am 18. Juni d. J. Auf der Tagesordnung stand: 1. Besprechung der Anträge des Hauptvorstandes zur Generalversammlung; 2. Stellung von Anträgen; 3. Eventl. Wahl eines Delegierten. Besonders die Beitragserhöhung und die Beamtenanstellung riefen eine recht lebhafte Debatte hervor. Man ist wohl auch hier für eine Erhöhung des Beitrages, hält jedoch eine solche von 10 Pf. pro Woche trotz der aufgestellten Berechnung des Hauptvorstandes für vollständig ausreichend. Bei der Beamtenanstellung konnten die

Mitglieder nicht einsehen, weshalb man den Beamten des Bundes grössere Vergünstigungen (höhere Gehälter und Pensionierung) als denen der Organisation zukommen lassen sollte, wo doch die Arbeit der letzteren eine sicher gleich anstrengende ist. Folgende Resolution über diesen Punkt wurde fast einstimmig angenommen:

»Die Mitgliedschaft Glogau hält die Gehaltsskala der Beamten des Bundes für zu schnell steigend und das letzte erreichbare Gehalt für zu hoch. Ebenfalls erklärt sich die Mitgliedschaft, mit Rücksicht auf die durchaus noch nicht geklärte Stellung des Bundes zur Organisation, entschieden gegen die Anstellung der Beamten in unkündbarer Stellung und darauffolgender Pensionierung aus Bundesmitteln.«

Hierauf wurde angeregt, ob es nicht besser wäre, im Bunde ebenfalls das Markensystem einzuführen. Die Mehrheit der Mitglieder hält es für vorteilhafter, da es eine schärfere Kontrolle der Revisoren den Filaalkassieren gegenüber zulässt, und eine Vereinfachung der Gesamtkassenführung in sich schliesst. Ein darauf bezügelicher Antrag wurde dem Hauptvorstand zugestellt. Zum Schluss wünschen die Mitglieder einen Kandidaten zur Delegiertenwahl aufzustellen und wurde hierzu Kollege R. Hoeder gewählt. Schluss der Versammlung 1 Uhr.

Heilbronn. (D. S.-B.). In der am 27. Juni abgehaltenen ausserordentlichen Mitglieder-Versammlung, in der auch die Anträge zur General-Versammlung auf der Tagesordnung standen, gelangte nachfolgende Resolution einstimmig zur Annahme:

»Die Zahlstelle Heilbronn schliesst sich dem Antrag Hannover betreffs Verschmelzung und Beitragserhöhung um 10 Pf., sowie staffelweiser Auszahlung der Invalidenrente vollständig an.«

K. N.

Schweidnitz. Deutscher Senef.-Bund. In der am 18. Juni abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde Stellung genommen zu dem Antrag Hannover und zur Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung in Kassel. Die Versammlung erklärte sich mit dem Antrag Hannover (s. Bericht in No. 25 der »Gr. Pr.«) voll und ganz einverstanden, da sie nur durch die Vereinigung beider Verbände und Kassen eine gedeihliche Entwicklung derselben erblicken kann. Bei der Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung wurde beschlossen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen und wurde Kollege Ernst Mühl, Lithograph, einstimmig gewählt.

Zeit. D. S.-B. In der am 22. Juni stattgefundenen Versammlung wurden die Anträge des Haupt-Vorstandes beraten. Zu den Statutenänderungsvorschlägen wurde Paragraph 64 angezogen und betont, dass die darin enthaltenen Einschränkungen sich namentlich in kleineren Zahlstellen sehr fühlbar machen werden und deshalb Ablehnung gefordert. Eine rege Debatte entspann sich über die Anträge, Anstellung etc. der Beamten. Bei dem jetzigen Stand der Kasse findet die Versammlung die Gehaltsskala entschieden zu hoch. Verschiedene Redner weisen darauf hin, dass die Angestellten aus Kollegenkreisen hervorgegangen sind, ein jährlich steigendes Einkommen und für das Alter Pension und Invalidenbezüge von vier Seiten gesichert wird, während sich bei den, die Beiträge zahlenden Kollegen, das umgedrehte Bild zeigt. Ausserdem würden die persönlichen Verwaltungskosten durch Pensionierung ins ungeheure wachsen. Kollege A. wünscht überhaupt grössere Sparsamkeit, da die Verwaltungskosten schon jetzt pro Kopf und Jahr Mk. 2,57 betragen. Zur Beitragserhöhung treten die Kollegen A. und G. für eine Erhöhung auf 35 Pf. ein. Koll. B. weist nach, dass die Uebersichtstabelle des Vorstandes nicht richtig ist, da der D. S.-B. noch lange nicht mit einer abwärtsgehenden Mitgliederzahl zu rechnen hat und selbst bei 35 Pf. Wochenbeitrag nach dem gegebenen Beispiel der Reservefonds im Jahre 1913 um 95 000 Mk. angegriffen wäre. Er empfiehlt daher 1. Erhöhung des Beitrages von 15 auf 25 Pf., 2. Verlängerung der Karrenzeit von 10 auf 15 Jahre, 3. Kürzung der Invalidenbezüge, 4. mehr Gewicht auf Zugang jüngerer Kollegen zu legen, 5. eine Verschmelzung des D. S.-B. mit dem Verein d. Lith., Steindr. u. Berufsgen. und stellt folgende Anträge, die einstimmig bei 2 Stimmenenthaltungen angenommen wurden: 1. Die Zahlstelle Zeit erwartet von der Generalversammlung, dass sie gegen den Antrag 1 des Hauptvorstandes, betr. Anstellung, Gehalt und Pensionierung, entschieden Stellung nimmt und den Stand der Kasse im Auge behält und in Rücksicht auf Antrag 2 Punkt 3 u. 4 des Antrages 1, Pension, Witwen- und Waisengeld, streicht. 2. Der Beitrag zur Invalidenkasse ist von 15 auf 25 pro Woche, die Karrenzeit von 10 auf 15 Jahre zu erhöhen und die Invalidenbezüge sind der Beitragsleistung entsprechender zu stellen. Weiter ist im Statut, um der Kasse jüngere Mitglieder zuzuführen, ein Passus aufzunehmen, der den nach Beendigung der Lehre eintretenden Kollegen eine kürzere Karrenzeit gewährt. 3. Im Interesse beider Vereine ist eine Verschmelzung herbeizuführen, etwa nach dem Antrag Hannover.

K. K.